

Beschlussvorschläge zu den Tagesordnungspunkten

TOP 1: Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses samt Lagebericht, des konsolidierten Corporate-Governance-Berichts, des Konzernabschlusses samt Konzernlagebericht, des Vorschlags für die Gewinnverwendung sowie des Berichts des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2024

Eine Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt ist nicht erforderlich.

TOP 2: Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, die Hauptversammlung möge folgenden Beschluss fassen:

"Die Verwendung des im Jahresabschluss der BAWAG Group AG zum 31. Dezember 2024 ausgewiesenen Bilanzgewinns in Höhe von EUR 4.008.913.177,44 wird im Sinne des Vorschlages des Vorstands wie folgt vorgenommen: Je Aktie der Gesellschaft, die zum Dividendenstichtag (9. April 2025) dividendenberechtigt ist, wird eine Dividende von EUR 5,5 ausgeschüttet, insgesamt jedoch höchstens EUR 431.882.300. Der verbleibende Restbetrag wird auf neue Rechnung vorgetragen. Dividendenzahltag ist der 11. April 2025, Ex-Dividendtag ist der 8. April 2025.

Aus steuerlicher Sicht erfolgt die Auszahlung der Dividende als Einlagenrückzahlung (§ 4 Abs 12 EStG). Eine Einlagenrückzahlung löst als steuerneutraler Vorgang für natürliche Personen keine Steuerpflicht in Österreich aus. Die Dividende wird daher am Dividendenzahltag ohne Abzug der 27,5 %-igen Kapitalertragsteuer an die Aktionäre ausbezahlt. Die Einlagenrückzahlung vermindert jedoch für Zwecke der Besteuerung in Österreich die steuerlichen Anschaffungskosten der BAWAG Group AG Aktien. Durch die Reduktion der steuerlichen Anschaffungskosten kann sich, insbesondere für in Österreich steuerlich ansässige natürliche Personen, ein späterer steuerpflichtiger Veräußerungsgewinn bei Verkauf der BAWAG Group AG Aktien erhöhen."

TOP 3: Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2024

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, die Hauptversammlung möge folgenden Beschluss fassen:

"Sämtlichen im Geschäftsjahr 2024 amtierenden Mitgliedern des Vorstands der BAWAG Group AG wird für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2024 die Entlastung erteilt."

TOP 4: Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2024

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, die Hauptversammlung möge folgenden Beschluss fassen:

"Sämtlichen im Geschäftsjahr 2024 amtierenden Mitgliedern des Aufsichtsrats der BAWAG Group AG wird für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2024 die Entlastung erteilt."

TOP 5: Änderung der Satzung in Punkt 9.1

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, die Hauptversammlung möge folgenden Beschluss fassen:

„Punkt 9.1 Unterabsatz 1 der Satzung der Gesellschaft wird dahingehend geändert, dass der Aufsichtsrat aus mindestens drei und höchstens acht von der Hauptversammlung gewählten Mitgliedern (Kapitalvertretern) besteht. Die Satzung der Gesellschaft lautet dementsprechend wie folgt:

9. Aufsichtsrat

9. Supervisory Board

9.1 Mitglieder

9.1 Members

- | | |
|--|---|
| <p>1. Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei und höchstens acht von der Hauptversammlung gewählten Mitgliedern (Kapitalvertreter), zu denen die vom Betriebsrat nach Maßgabe des Arbeitsverfassungsgesetzes in der geltenden Fassung entsandten Arbeitnehmervertreter hinzukommen.</p> | <p>1. The Supervisory Board shall consist of at least three and a maximum of eight members elected by the General Meeting (owner representatives) as well as the staff representatives delegated by the works council in accordance with the Works Constitution Act, as amended ("ArbVG").</p> |
|--|---|

Begründung: Die BAWAG Group AG hat mit den zwei strategischen Akquisitionen in den Niederlanden (Knab Bank) und Deutschland (Barclays Consumer Bank Europe/ Privatkundengeschäft von Barclays) die Präsenz in ihren Kernmärkten weiter ausgebaut. Diesen Veränderungen soll auch die zukünftige Zusammensetzung des Aufsichtsrats Rechnung tragen, was der Nominierungsausschuss bei seiner Evaluierung anlässlich der bevorstehenden Wahlen in den Aufsichtsrat berücksichtigt hat. Die personelle Erweiterung soll einher gehen mit einem Ausbau des Kompetenzprofils des Aufsichtsrats um weitere Felder, die derzeit nicht ausreichend besetzt sind.

TOP 6: Wahlen in den Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Hauptversammlung möge folgende Beschlüsse fassen:

„Kim Fennebresque, geboren am 20.03.1950, wird bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2028 beschließt, zum Mitglied des Aufsichtsrates der BAWAG Group AG gewählt.“

„Tamara Kapeller, geboren am 29.03.1978, wird bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2028 beschließt, zum Mitglied des Aufsichtsrates der BAWAG Group AG gewählt.“

„Frederick Haddad, geboren am 23.11.1948, wird bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2028 beschließt, zum Mitglied des Aufsichtsrates der BAWAG Group AG gewählt.“

„Ahmed Saeed, geboren am 02.10.1969, wird bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2028 beschließt, zum Mitglied des Aufsichtsrates der BAWAG Group AG gewählt.“

„Robert Oudmaijer, geboren am 17.03.1962, wird bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2026 beschließt, zum Mitglied des Aufsichtsrates der BAWAG Group AG gewählt.“

„Veronika von Heise-Rotenburg, geboren am 05.08.1982, wird bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2026 beschließt, zum Mitglied des Aufsichtsrates der BAWAG Group AG gewählt.“

„Pat McClanahan, geboren am 22.03.1968, wird bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2026 beschließt, zum Mitglied des Aufsichtsrates der BAWAG Group AG gewählt.“

„Tina Chan Reich, geboren am 06.07.1976, wird bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2026 beschließt, zum Mitglied des Aufsichtsrates der BAWAG Group AG gewählt.“

Begründung: Der Wahlvorschlag des Aufsichtsrats beruht auf den Vorgaben der §§ 86 Abs 7 und 87 Abs 2 AktG und des Corporate Governance Kodex.

Die vorgeschlagenen Kandidaten haben jeweils eine Erklärung gemäß § 87 Abs 2 AktG abgegeben, die ebenso wie der jeweilige Lebenslauf auf der Website des Unternehmens verfügbar ist.

Der Aufsichtsrat hat bei seinen Vorschlägen die fachliche und persönliche Qualifikation der Mitglieder sowie das Ziel einer ausgewogenen Zusammensetzung des Aufsichtsrats im Hinblick auf die berufliche Qualifikation der Mitglieder, einschließlich der Aspekte der Diversität des Aufsichtsrats in Bezug auf Geschlecht und Alter sowie der Internationalität seiner Mitglieder gemäß § 87 Abs 2a AktG, in angemessener Weise berücksichtigt.

Die Hauptversammlung ist an Wahlvorschläge in folgender Weise gebunden: Wahlvorschläge von Aktionären, deren Anteile zusammen ein Prozent des Grundkapitals erreichen, und die Erklärungen gemäß § 87 Abs 2 AktG müssen der Gesellschaft in Textform für jede vorgeschlagene Person spätestens am 26. März 2025 zugehen und am 28. März 2025 auf der Website der Gesellschaft zugänglich gemacht werden, widrigenfalls die betreffende Person nicht in die Abstimmung einbezogen werden darf. Hinsichtlich der Einzelheiten und Voraussetzungen für die Berücksichtigung solcher Wahlvorschläge wird auf die Informationen über die Rechte der Aktionäre verwiesen, die in der Einberufung zu dieser Hauptversammlung enthalten sind und auch auf der Website des Unternehmens zur Verfügung stehen.

TOP 7: Wahl des Abschlussprüfers und des Konzernabschlussprüfers für die Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses sowie (falls zu einem späteren Zeitpunkt erforderlich) des (konsolidierten) Nachhaltigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2026

Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Hauptversammlung möge folgenden Beschluss fassen:

"Deloitte Audit Wirtschaftsprüfungs GmbH wird zum Abschlussprüfer für den Jahresabschluss und Lagebericht, sowie für den Konzernabschluss und Konzernlagebericht und, sofern ein solcher auf Grund gesetzlicher Vorschriften erforderlich sein sollte, zum Prüfer des (konsolidierten) Nachhaltigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2026 bestellt."

Begründung: Der Abschlussprüfer für das laufende Geschäftsjahr 2025, Deloitte Audit Wirtschaftsprüfungs GmbH, wurde in der am 8. April 2024 abgehaltenen ordentlichen Hauptversammlung bestellt.

TOP 8: Beschlussfassung über den Vergütungsbericht 2024

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, die Hauptversammlung möge folgenden Beschluss fassen:

"Der Vergütungsbericht des Vorstands und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2024 wird beschlossen."

Begründung: Der Vergütungsbericht des Vorstands und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2024 wurde in Einklang mit den anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen aufgestellt und von Vorstand und Aufsichtsrat beschlossen.

TOP 9: Beschlussfassung über die überprüfte Vergütungspolitik für den Vorstand und den Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Hauptversammlung möge folgenden Beschluss fassen:

"Die überprüfte Vergütungspolitik für den Vorstand und den Aufsichtsrat wird beschlossen."

Begründung: Die Vergütungspolitik der Gesellschaft hat in der Hauptversammlung vom 8. April 2024 nicht die erforderliche Mehrheit erreicht. Daher wird der diesjährigen Hauptversammlung nunmehr eine überprüfte Fassung der Vergütungspolitik vorgelegt, welche den Vorschlag einer grundlegenden Neufassung der Vorstandsvergütung beinhaltet. Die Eckpfeiler des neuen Vergütungssystems bestehen aus zwei Komponenten – zum einen eine Anpassung der Fixvergütung des Vorstands mit Wirksamkeit zum 1. Juli 2025, und zum anderen eine konzeptionelle Umgestaltung der Vergütungsstruktur hin zu einem neuen "Group Combined Plan (GCP)", welcher die kurzfristigen und langfristigen Leistungsanreize in einem kohärenten Rahmen zusammenfasst. Die Umsetzung dieser Komponenten setzt voraus, dass die überprüfte Vergütungspolitik durch die Hauptversammlung mit der erforderlichen Mehrheit beschlossen wird.

TOP 10: Beschlussfassung über die Ermächtigung des Vorstands

- a. zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 65 Absatz 1 Z 8 sowie Absatz 1a und 1b AktG über die Börse, ein öffentliches Angebot oder außerbörslich, auch unter Ausschluss des quotenmäßigen Veräußerungsrechts (umgekehrter Bezugsrechtsausschluss),
- b. gemäß § 65 Absatz 1b AktG für die Veräußerung eigener Aktien eine andere Art als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot zu beschließen, dies unter sinngemäßer Anwendung der Regelungen zum Bezugsrechtsausschluss der Aktionäre,
- c. das Grundkapital durch Einziehung dieser Aktien ohne weiteren Beschluss der Hauptversammlung herabzusetzen,
- d. all dies (Punkte a. bis c.) unter Widerruf der entsprechenden Ermächtigung laut Tagesordnungspunkt 9 der Hauptversammlung der Gesellschaft vom 8. April 2024.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, die Hauptversammlung möge folgenden Beschluss fassen:

- "a. *Der Vorstand wird für die Dauer von 30 Monaten ab dem Tag der heutigen Beschlussfassung gemäß § 65 Absatz 1 Z 8 sowie Absatz 1a und 1b AktG ermächtigt, eigene Aktien der Gesellschaft zu erwerben.*

Der beim Rückerwerb je Aktie zu leistende Gegenwert darf die Untergrenze von EUR 1 (= rechnerischer Anteil jeder Aktie am Grundkapital) nicht unterschreiten und darf nicht mehr als 50 % über dem nach Handelsvolumina gewichteten durchschnittlichen Börsenkurs der letzten 20 Börsentage vor dem jeweiligen Erwerb betragen; im Falle eines öffentlichen Angebots ist der Stichtag für das Ende des Durchrechnungszeitraums der Tag, an dem die Absicht bekannt gemacht wird, ein öffentliches Angebot zu stellen (§ 5 Abs 2 und 3 ÜbG). Der Vorstand ist zur Festsetzung der Rückerwerbbedingungen ermächtigt.

Der Vorstand kann diese Ermächtigung innerhalb der gesetzlichen Vorgaben über die höchstzulässige Zahl eigener Aktien einmal oder auch mehrfach im Ausmaß von insgesamt bis zu 10 % des Grundkapitals ausüben, sofern der mit den von der Gesellschaft aufgrund dieser Ermächtigung oder sonst erworbenen Aktien verbundene Anteil des Grundkapitals zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals übersteigt. Die wiederholte Ausübung dieser Ermächtigung ist zulässig. Diese Ermächtigung kann in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen (§ 189a Z 7 UGB) oder durch Dritte für Rechnung der Gesellschaft ausgeübt werden.

Der Erwerb kann nach Wahl des Vorstands über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot oder, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, auf eine sonstige gesetzlich zulässige, zweckmäßige Art erfolgen, insbesondere auch unter Ausschluss des quotenmäßigen Andienungsrechts der Aktionäre, das mit einem solchen Erwerb einhergehen kann (umgekehrter Bezugsrechtsausschluss) und auch unter Einsatz von Eigenkapitalderivaten. Der Handel mit eigenen Aktien ist als Zweck des Erwerbs ausgeschlossen.

- b. *Der Vorstand wird weiters ermächtigt, die erworbenen eigenen Aktien ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss wieder über die Börse oder ein öffentliches Angebot zu veräußern und die Veräußerungsbedingungen festzusetzen.*

Weiters wird der Vorstand für die Dauer von fünf Jahren ab dem Tag der heutigen Beschlussfassung ermächtigt, gemäß § 65 Absatz 1b AktG für die Veräußerung eigener Aktien mit Zustimmung des Aufsichtsrats eine andere gesetzlich zulässige Art der Veräußerung als über die Börse oder ein öffentliches Angebot zu wählen und über einen allfälligen Ausschluss des Wiederkaufsrechts (Bezugsrechts) der Aktionäre zu beschließen und die Veräußerungsbedingungen festzusetzen. Diese Ermächtigung umfasst insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Veräußerung eigener Aktien auf andere gesetzlich zulässige Art der Veräußerung als über die Börse oder ein öffentliches Angebot zu den folgenden Zwecken:

- i. *um in dem Umfang, in dem es erforderlich ist, durch die Gesellschaft oder ihren Tochterunternehmen (§ 189a Z 7 UGB) ausgegebene oder noch auszugebende Schuldverschreibungen (einschließlich Genussrechte) mit Wandlungs- oder Optionsrechten bzw einer Wandlungspflicht zu bedienen;*
- ii. *um Aktien an Arbeitnehmer, leitende Angestellte und Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft oder ihrer Tochterunternehmen (§ 189a Z 7 UGB) zu Vergütungszwecken zu übertragen;*
- iii. *um die Aktien gegen eine nicht in Barleistung bestehende Gegenleistung veräußern zu können, sofern dies zum Zwecke des (auch mittelbaren) Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder von Beteiligungen an Unternehmen oder von sonstigen mit einem Akquisitionsvorhaben in Zusammenhang stehenden Vermögensgegenständen erfolgt;*

- iv. *um eine sogenannte Aktiendividende (scrip dividend) durchzuführen, bei der den Aktionären der Gesellschaft angeboten wird, ihren Dividendenanspruch wahlweise (ganz oder teilweise) als Sacheinlage gegen Übertragung eigener Aktien einzulegen;*
 - v. *um die Aktien auch in anderer Weise als über die Börse oder durch öffentliches Angebot an alle Aktionäre veräußern zu können, wenn die Ausübung der gegenständlichen Ermächtigung im Ausübungszeitpunkt im Einklang mit den jeweils anwendbaren gesetzlichen Voraussetzungen sachlich gerechtfertigt ist.*
- c. *Zudem wird der Vorstand ermächtigt, die von der Gesellschaft erworbenen eigenen Aktien zur Gänze oder teilweise ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss mit Zustimmung des Aufsichtsrats einzuziehen. Die Einziehung führt zur Kapitalherabsetzung um den auf die eingezogenen Aktien entfallenden Teil des Grundkapitals.*
- Die Ermächtigungen (Punkte a. bis c.) können einmal oder mehrmals, ganz oder in Teilen, einzeln oder gemeinsam ausgenutzt werden. Die Ermächtigungen erfassen auch die Verwendung von der Gesellschaft gehaltenen eigenen Aktien der Gesellschaft, sowie von gemäß § 66 AktG von Tochterunternehmen bzw Dritten auf Rechnung der Gesellschaft oder eines Tochterunternehmens erworbenen Aktien der Gesellschaft. Weiters gelten die in den Punkten b. und c. erteilten Ermächtigungen sowohl für am Tag dieser Beschlussfassung bereits von der Gesellschaft gehaltene eigene Aktien als auch für künftig zu erwerbende eigene Aktien.*
- d. *Die entsprechenden Ermächtigungen laut Tagesordnungspunkt 9 der Hauptversammlung der Gesellschaft vom 8. April 2024 wird hiermit widerrufen."*

Begründung: Verwiesen wird auf den Bericht des Vorstands gemäß § 65 Absatz 1b iVm § 170 Absatz 2 und § 153 Abs 4 AktG betreffend den Erwerb und die Veräußerung eigener Aktien durch die Gesellschaft.